

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten

betreffend

Berufsausbildungsoffensive für Jugendliche in Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, mit geeigneten Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die Quote der Jugendlichen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II (z.B: Lehrabschluss, Matura, BMS), die derzeit in Oberösterreich bei etwa 85 Prozent liegt, bis zum Jahr 2015 auf 90 Prozent steigt. Über die Maßnahmen und deren Wirkung ist jährlich dem Oö. Landtag und im Forum Aktive Arbeitsmarktpolitik zu berichten.

Begründung

Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die auch über keinen mittleren oder höheren Schulabschluss verfügen, sind in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. In Oberösterreich liegt die Arbeitslosenquote in jener Bevölkerungsgruppe laut Auskunft des AMS mit November 2009 bei 10,9 Prozent und ist damit fast dreimal so hoch wie der vergleichbare Wert bei Personen mit Lehrabschluss (3,7%). Der Anteil an Jugendlichen, die lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen und keine weitere Berufsausbildung abgeschlossen haben, beträgt in Oberösterreich seit 1998 etwa 15 Prozent der 20 bis 24-Jährigen. In den vergangenen Jahren war sogar eine leicht steigende Tendenz erkennbar. Das in der Vergangenheit bestehende Geschlechterungleichgewicht, dass vermehrt Frauen über keinen Lehr- oder zumindest mittleren Schulabschluss verfügt haben, hat sich mittlerweile ausgeglichen – Männer und Frauen sind in etwa gleichermaßen betroffen. Auch die zahlreichen Angebote der Arbeitsmarktpolitik wie Fortbildungskurse und Umschulungen greifen bei dieser Bevölkerungsgruppe nur bedingt. Zudem verfügen jene Menschen häufig nicht über die notwendigen Geldressourcen, um die Lebenshaltungskosten während einer länger dauernden Ausbildung tragen zu können.

Konkret für Oberösterreich bedeutet das etwa, dass 2.700 24-Jährige im Jahr 2009 ohne Berufsausbildung sowie ohne mittleren oder höheren Schulabschluss waren. Durch die in den vergangenen Jahren massiv gesunkenen Geburtenzahlen hat sich das Gesamtvolumen eines Altersjahrgangs um zirka 20-25 Prozent verringert. Der erste massiv verkleinerte Altersjahrgang ist bereits in der 5. Schulstufe angekommen. Das hat große Auswirkungen auf die Bildungs-, Ausbildungs- und AbsolventInnen-situation in Oberösterreich. Die zentrale Herausforderung ist daher, die Quote der Jugendlichen ohne Berufsabschluss nachhaltig zu senken, um deren Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. ExpertInnen fordern die Verkleinerung der Bevölkerungsgruppe ohne Berufsabschluss auf maximal 5 Prozent eines Jahrgangs. Für die Erreichung dieses Ziels sind von der Oö. Landesregierung geeignete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, wobei in einem ersten Schritt bis zum Jahr 2015 die Quote von derzeit 15 Prozent auf 10 Prozent gesenkt werden soll. Ziel ist es, dass im Jahr 2030 mindestens 95 % eines Altersjahrgangs über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Zur Information des Oö. Landtags über die Fortschritte bei der Umsetzung und der Wirksamkeit des Maßnahmenpakets soll von der Oö. Landesregierung jährlich ein Situationsbericht erstellt und dem Oö. Landtag zur Kenntnis gebracht und im Forum Aktive Arbeitsmarktpolitik berichtet werden.

Linz, am 26. Jänner 2010

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Bauer, Schenner, Affenzeller, Müllner, Röper-Kelmayr, Peutlberger-Naderer, Jahn, Makor, Eidenberger, Kapeller, Rippl, Weichsler-Hauer, Pilsner

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Frauscher, Weinberger, Schillhuber, Weixelbaumer, Baier, Ecker, Brunner, Stanek, Stelzer

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Povysil, Klinger